

Onshore-Wind

Erhebliche Unterdeckung

[22.10.2018] Die aktuelle Ausschreibung für Windenergie an Land offenbart erhebliche Probleme der Windbranche, rechtssichere Projekte zu planen. Statt der ausgeschriebenen rund 700 Megawatt konnte die Bundesnetzagentur mangels Masse nur rund 400 MW bezuschlagen.

Die Bundesnetzagentur (BNetzA) hat am vergangenen Freitag (19. Oktober 2018) die Zuschläge der Ausschreibungen für Windenergie an Land zum Gebotstermin 1. Oktober 2018 erteilt. Wie die Regulierungsbehörde mitteilt, wurden nur 62 Gebote mit einem Volumen von knapp 400 Megawatt (MW) eingereicht, ausgeschrieben waren jedoch 670 Megawatt. Insgesamt erhielten 57 Gebote mit einem Volumen von 363 Megawatt einen Zuschlag. Davon gingen neun Zuschläge an Bürgerenergiegesellschaften. Regional betrachtet, wurden die meisten Zuschläge für Windenergieanlagen in Bayern (69 MW), Brandenburg (63 MW), Niedersachsen (42 MW) und Nordrhein-Westfalen (25 MW) erteilt. Die Gebotswerte der bezuschlagten Gebote reichten laut BNetzA von 5 ct/kWh bis zu 6,30 ct/kWh. Der durchschnittliche Zuschlagswert liegt bei 6,26 ct/kWh. „Trotz einer theoretisch ausreichenden Zahl an Genehmigungen, war die Ausschreibungsrunde deutlich unterzeichnet“, berichtet BNetzA-Präsident Jochen Homann.

Zunahme von Klagen

Das Ausschreibungsergebnis wirft einen Schatten auf die Energiewende, kommentierte der Bundesverband Windenergie (BWE). Die Unterzeichnung verdeutliche die aktuellen Probleme der Windenergiebranche, rechtssichere Projekte zu planen. Festzustellen seien die drastische Verlängerung der Genehmigungsdauer aufgrund steigender genehmigungsrechtlicher Anforderungen, ein Mangel an rechtssicheren Regionalplänen und eine Zunahme von Klagen gegen erteilte Genehmigungen. Angesichts enger Umsetzungsfristen nach einem Zuschlag, blockieren juristische Auseinandersetzungen regelmäßig die Teilnahme an Ausschreibungen, meldet der Branchenverband. Der BWE geht davon aus, dass davon aktuell rund 400 Megawatt betroffen sind. BWE-Präsident Hermann Albers erklärt: „Die Ergebnisse der Ausschreibungen lassen die Sorgenfalten innerhalb der Branche wachsen. Die Hypothek der durch die Fehlsteuerung im Ausschreibungssystem bedingten Zuschläge an Projekte ohne Genehmigungen im Jahr 2017 ist bereits eine große Last. Sie wird zu einem massiven Einbruch des Zubaus 2019 führen.“

Beseitigung von Hindernissen

Stefan Kapferer, Vorsitzender der BDEW-Hauptgeschäftsführung, fordert angesichts der erheblichen Unterdeckung der aktuellen Ausschreibung die rasche Beseitigung von Hindernissen, die dem Bau neuer Windenergieanlagen entgegenstehen. Dazu gehörten politische und rechtliche Lösungen für die Vereinbarkeit mit der Flugsicherung sowie dem Arten- und Denkmalschutz.

Es zeichne sich zudem ab, dass die Verfügbarkeit geeigneter Flächen für die Windenergienutzung in den kommenden Jahren zum drängendsten Problem wird, so Kapferer. Die aktuellen Bundesratsinitiativen aus Nordrhein-Westfalen und Brandenburg machten deutlich: Der politische Rückhalt auf Länderebene wird für den weiteren Ausbau der Windenergie und das Erreichen der Erneuerbaren- und der Klimaschutzziele Deutschlands entscheidend sein. Kapferer: „Anstatt die Flächen weiter zu beschränken, sind die Länder gefordert, gemeinsam mit den regionalen und kommunalen Planungsträgern den weiteren

Windenergieausbau zu unterstützen und damit die Energiewende weiter voranzutreiben.“

(al)

Ergebnisse der aktuellen Ausschreibung für Onshore-Windkraft

Stichwörter: Windenergie, BDEW, Bundesnetzagentur, BWE